

Der Jenaplan - Anstöße für eine pädagogische Schule (Teil I)

Von Dr. Oskar Seitz,
Jenaplan-Initiative Bayern e.V.

Viele sind mit Vielem an der öffentlichen Schule unzufrieden - mit Leistungsdruck, unbrauchbaren Lerninhalten, Überbetonung der Kopfarbeit etc. Mittlerweile suchen immer mehr Eltern aber auch Lehrer nach Alternativen. Eine davon ist die Jenaplan-Pädagogik. Die Jenaplan-Initiative Bayern - ein Zusammenschluß von Lehrern, Pädagogen und Eltern - will, daß Kinder (und auch Lehrer) gern (oder zumindest lieber) in die Schule gehen. Die Initiative will zweierlei: Die Reform der öffentlichen und die Unterstützung der freien Schulen.

Die Prinzipien der Jenaplan-Pädagogik beruhen auf den Ideen des Pädagogen Peter Petersen (1884-1952). Er darf als einer der bedeutsamsten deutschen Reformpädagogen gelten. In seiner Modellschule zu Jena hat er in den 20-er und 30-er Jahren Ideen entwickelt und als Professor gelehrt, die seiner Pädagogik den Namen "Jenaplan" eingebracht haben. Die politische Entwicklung in der Zeit des Nationalsozialismus und der Nachkriegsepoche hat auch diese pädagogische Reforminitiative nachhaltig gestoppt. In Deutschland arbeiten etwa 40 Schulen nach Jenaplan-Ideen; in den letzten Jahren hat ihre Zahl auffällig zugenommen. In Bayern gibt es noch keine Jenaplan-Schule. Dies wird sich ändern, denn die Jenaplan-Pädagogik kann als Modell für eine neue, kindgemäße Pädagogik gelten. In diesem Beitrag werden fundierte Zweifel an der herkömmlichen Schule formuliert und danach die Antwort der Jenaplan-Pädagogik gegeben.

1. Zweifel: Die Allmacht des Unterrichts

Die herkömmliche Schule tut einiges, um das (spontane) Interesse des Kindes und damit die Grundlage effektiven Lernens zu verhindern. Der Grundgedanke der Jenaplan-Pädagogik (JP) heißt darum: Wie lernen Kinder auf einfache und wirksame Weise, möglichst so zwanglos und natürlich, wie sie es in ihrem außerschulischen Leben auch tun? Lernen als Ausdruck und Folge des kindlichen Interesses geschieht weitgehend selbsttätig, als natürliche Getriebenheit des Kindes, Wissen zu erwerben, Fähigkeiten auszubilden. Diese Art des Lernens geschah früher häufig in der familiären Gemeinschaft, wo ungezwungen, nebenbei, abgeschaut von den älteren Geschwistern, angeleitet durch Vater oder Mutter eine Aktivität des Kindes erfolgt. Die JP will darum dafür sorgen, daß die Leistung des Kindes wieder gleichsam auf von ihm unbemerkte Art und Weise in der Klassengemeinschaft erfolgt - ohne daß es Druck, Zwang erfährt und in Folge davon Abneigung, Angst, Hemmung entwickelt.

Die Absicht der JP ist es, Kinder auf natürliche Weise zum Lernen zu bewegen, das soll dadurch geschehen, daß Kinder aus eigenem Wissensdrang - und nicht durch mehr oder weniger kunstvolle Motivations- und Impulstechniken des Lehrers - nachdenken, fragen, ausprobieren, eine Lösung suchen.

2. Zweifel: Der Wert der Jahrgangsklasse

Die nach Lebensalter organisierte Einrichtung der sog. Jahrgangsklasse ist uns bereits ganz selbstverständlich geworden. Aber ist sie wirklich die beste Form der Lerngruppe? Die Jahrgangsklasse hat nach Auffassung der JP folgende schwerwiegende Nachteile:

- Sie bietet zu wenig Möglichkeiten des "natürlichen Lernens" von Älteren. Wenn in der Jahrgangsklasse von anderen, die etwas besser wissen oder können, gelernt wird, erhält dies leicht den Makel der Unfähigkeit, der Leistungsschwäche, da der Leistungs- bzw. Wissensunterschied ja nicht durch das Alter bedingt sein kann. - Sitzenbleiber fallen unangenehm auf; dies bekommen sie zu spüren und haben jahrelang damit zu kämpfen.

- Die Integration in die Gruppe geschieht nicht auf natürliche Weise durch erfahrenere, ältere Mitschüler/innen, sondern muß vom Lehrer meistens künstlich hergestellt werden. Daraus resultieren die ständigen Eingriffe des Lehrers durch Ermahnungen, Drohungen, Sanktionen oder die künstlich herbeigeführten kurzen Phasen der sog. "Gruppenarbeit".

- Der Lehrer kann sich weniger zurücknehmen, um den sozialen Prozeß in der Klasse ablaufen zu lassen und dabei selbst wichtige Aufgaben zu übernehmen (z.B. individuelle Beobachtung oder Betreuung).

- Hemmende negative oder positive Etikettierungen wie "Der Doofe" oder "Der mathematisch Begabte" bleiben oftmals 13 Jahre erhalten. Der Doofe kommt nicht in den für seine Persönlichkeitsentwicklung wichtigen Genuß, auch einmal der Klügere, der Helfende zu sein. "Der Kluge" kommt nicht in die Gelegenheit, auch wieder einmal zurückstecken zu müssen, die Überlegenheit anderer zu erfahren etc.

- Schulanfänger können sich nicht in ein bereits funktionierendes Gruppenleben einordnen, es muß ihnen jedes Jahr erst mühsam beigebracht werden.

Darum werden gemäß JP in der Regel drei Jahrgänge zu sog. "Stammgruppen" zusammengefaßt. Alle drei Jahre hat sich der Ältere/Leistungsstärkere als Jüngerer in eine neue Gruppe zu integrieren. Die Schüler/innen, die in den üblichen Jahrgangsklasse am unteren Ende der sozialen Wertschätzungsskala rangieren würden, können nun wieder ihre Überlegenheit sinnvoll und sozial wertvoll praktisch werden lassen.

(Teil II in der nächsten Ausgabe)

Schulweg-sicherheit

Wie können Eltern und Schule den Schulweg von Kindern sicherer machen? Angesprochen ist damit vor allem die jüngst auf tragische Weise aktuell gewordene Frage: Was ist zu tun, damit auf unentschuldigtes Nichterscheinen von Schüler/innen schnell und angemessen reagiert werden kann?

Größtmögliche Sicherheit, damit kein Kind auf dem Weg zur Schule verloren geht, läßt sich nur durch eine intensive Zusammenarbeit von Eltern, Schule und Elternbeirat erzielen.

Natürlich haben die Lehrkräfte die Pflicht, bei Unterrichtsbeginn die Anwesenheit der Schüler/innen an Hand der Schülerliste zu kontrollieren. Zum anderen ist es aber gemäß § 23 der Volksschulordnung Pflicht der Eltern, die Schule von der Nichtteilnahme des Kindes am Unterricht - unter Angabe der Gründe - zu informieren (telefonisch und auf jeden Fall auch schriftlich).

Wenn die Schule das Fehlen eines Kindes feststellt und es liegt keine Benachrichtigung vor, muß das Schulsekretariat schnell reagieren können. Das heißt, es muß über eine aktuelle Liste der Telefonnummern verfügen unter denen die Erziehungsberechtigten ständig erreichbar sind - also unter Umständen auch am Arbeitsplatz. Eltern dürfen sich darauf verlassen, daß der Stundenplan eingehalten wird. Bei unerwarteten Änderungen muß entweder die Schule für eine Beaufsichtigung sorgen oder es muß eine rechtzeitige (am Vortag) schriftliche Mitteilung erfolgen.

In Schulen mit einem ständig besetzten Sekretariat ist die Weitergabe der Nachrichten von Eltern zur Schule und umgekehrt kein großes Problem. Es gibt aber auch Grundschulen, die kein Sekretariat haben. Hier sollte der Elternbeirat in Zusammenarbeit mit der Schulleitung nach Möglichkeiten suchen, wie die Informationswege gestaltet werden können. Aber auch an anderen - besser versorgten Schulen ist es ratsam, daß sich Eltern, z. B. an einem Elternabend über die vielfältigen Fragen, die mit dem Thema Schulwegsicherheit zusammenhängen, mit der Klassenlehrerin/dem Klassenlehrer unterhalten.

Reform der Sonderschulen

Die Tage der herkömmlichen Sonderschule sind gezählt. Mit dem Schuljahr 1995/96 beginnend wurden z.B. in Nürnberg - als erster Großstadt Bayerns - drei sonderpädagogische Förderzentren für lern- und sprachbehinderte sowie verhaltensauffällige Kinder eingerichtet. Bis spätestens zur Jahrhundertwende sollen alle Sonderschulen in solche Institutionen überführt werden.

Hinter der Neuordnung steht ein pädagogisches Konzept erhöhter Durchlässigkeit, das seit Jahren entwickelt und in Versuchen erprobt worden ist. Kinder sollen nicht mehr bei Feststellung einer Behinderung oder

Verhaltensauffälligkeit auf Dauer einer Sonderschulform zugewiesen werden, sondern immer wieder durch gezielte Förderung die Chance bekommen, in die Regelschule wechseln zu können. Hauptziel der Förderzentren ist es, den Schülern und Schülerinnen eine problemlose Eingliederung in die Gesellschaft und das Berufsleben zu ermöglichen.

Die Sonderschulen der Zukunft sehen so aus: Die betroffenen Kinder kommen zunächst in zwei- oder dreijährige Diagnose- und Förderklassen, in denen ihre Fähigkeiten ermittelt werden. Danach treten sie - je nach individuellem Vermögen - in einen Zweig über, in

dem nach einem Lehrplan zur individuellen Lernförderung unterrichtet wird oder in einen Grund- und Hauptschulzweig, der sich am üblichen Lehrplan orientiert. Die Schüler/innen können bei besseren oder schlechteren Leistungen von einem zum anderen Zweig innerhalb der Schule wechseln. Zudem ist vorgesehen, einzelne Schüler, aber auch ganze Klassen an eine Regelschule zurückzubringen. Der Freistaat stützt die neuen Förderzentren personell besser aus. Hinzu kommen pädagogische Kräfte, die auch bei den Schülern zu Hause als Erziehungs- und Lernhilfen zur Verfügung stehen.